

Die Deutsche Frage kann nur gesamteuropäisch gelöst werden

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche über die Lage der Nation im geteilten Deutschland debattiert. Die Bundesregierung spricht allerdings nur noch über die „Lage der Nation“; „im geteilten Deutschland“ wird geflissentlich weggelassen. Dies verrät die Motivationen von SPD und FDP, es markiert zugleich den fundamentalen Unterschied zwischen dem Deutschlandbild der Linkskoalition und dem der CDU/CSU. Helmut Kohl erteilte dem Bundeskanzler eine schonungslose Antwort. Nachfolgend Auszüge aus seiner Rede. Im Anschluß daran der Text des Entschließungsantrages der CDU/CSU-Fraktion, der z. Z. in den Ausschüssen beraten wird.

Herr Bundeskanzler, Ihr Bericht zur Lage der Nation kommt über vier Monate zu spät. Sie haben hier eine Pflicht. Sie kommen ihr mit erheblicher Verspätung nach. Wir sind überzeugt, daß die Verspätung einen klaren politischen Grund hat, nämlich daß Sie der Auseinandersetzung aus dem Weg gehen, die über wichtige Grundfragen der innerdeutschen Politik und der Politik zwischen Ost und West hier ausgetragen werden muß.

Die Ereignisse der letzten Tage, der Maulkorberlaß der SED gegenüber Journalisten, die unbestreitbaren Vertragsverletzungen durch die DDR zwingen Sie, heute dem Parlament auch über Ihre Einschätzung der Lage Rechenschaft zu geben. Denn wieder einmal, Herr Bundeskanzler, hat sich das kommunistische Regime in der DDR über das offenkundige Wohlverhalten Ihrer Regierung, über geltende Verträge und Abmachungen in verachtender Weise hinweggesetzt, als es darum ging, brutal die Interessen der SED zu vertreten.

Die Empörung über diese Willkürmaßnahme ging — dies stelle ich fest — quer durch das ganze Haus, durch die ganze deutsche Öffentlichkeit. Aber für die DDR und ihre Führung gab es dann sofort zwei wichtige Entlastungszeugen wie immer bei solchen Vorgängen: Herbert Wehner und Willy Brandt.

Das ist leider keine Überraschung mehr.

Als die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und in den NATO-Mitgliedsländern immer hartnäckiger in dieser wichtigen Stunde der Abrüstungsverhandlungen den

Widerspruch zwischen sowjetischer Aufrüstung und den ständigen Bekenntnissen der Sowjetunion zur Entspannung und Abrüstung geißelte, waren es Sie, Herr Wehner, der den Sowjets mit öffentlichen Äußerungen über den defensiven Charakter sowjetischer Rüstung den Rücken gestärkt hat.

Und jetzt lenken Sie und Willy Brandt erneut von den Zwangsmaßnahmen und Vertragsbrüchen der DDR ab. Sie verwarnen nicht die DDR. Nein, Sie verwarnen die Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland, indem Sie sagen, Sie warnen vor angeblicher Kraftmeierei und Muskelspielen.

Sie zetteln bewußt eine neue Diskussion über die Grundposition einer gemeinsamen Deutschlandpolitik an und werfen dabei — zumindest Willy Brandt tut es — kaltschnäuzig den Verfassungsbegriff der Wiedervereinigung über Bord.

Sehen Sie, Herr Bundeskanzler: Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viele Worte gemacht. Aber Sie haben nicht den Mut gefunden, hierherzutreten und zu sagen: Was Willy Brandt hier sagt, ist für die deutsche Politik und für die Position der Deutschen schädlich. Es ist doch Ihres Amtes, zuerst und vor allem in diesem Hause die Frage zu stellen, zu welchem Ende solche Erklärungen letztlich führen.

Sie nützen doch nur dem kommunistischen Regime in der DDR und schaden empfindlich den deutschen Interessen.

Sie tun das in einem Augenblick, in dem wir doch durchaus eine eindrucksvolle Neubelebung der Diskussion über Fragen der Nation, der deutschen Einheit, Menschenrechte und Gesellschaftsordnungen erfahren, die ihren Ursprung in der SED selbst haben, angefangen beim sogenannten SED-Manifest über das Buch von Rudolf Bahro bis hin zu den jüngsten Ereignissen um Nico Hübner, Robert Havemann und Stefan Heym.

Das alles zeigt doch, daß Bewegung da ist, und daß niemand von uns aus seiner persönlichen Resignation heraus in einer Grundfrage der deutschen Nation aufgeben darf.

Aber was tun Sie? Sie, Herr Wehner und Herr Brandt, verweigern die Antworten und das Echo auf die Menschenrechtsbewegungen in der DDR und in anderen kommunistischen Staaten. Mit Ihrer öffentlichen Kampagne — und dadurch, daß Sie sich dieser Kampagne nicht widersetzen, sind Sie, Herr Bundeskanzler, an dieser Entwicklung mitschuldig — verweigern Sie den Menschen Hoffnung. Und Sie tun noch etwas anderes:

Sie zerstören bewußt die Gemeinsamkeit zwischen den demokratischen Parteien in den Grundpositionen der Deutschland- und Ostpolitik.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vieles im Rückblick auf die Geschichte gesagt, was ich durchaus unterstreiche. Es waren doch Männer und Frauen aus der Union, die in den letzten zehn, fünfzehn Jahren immer wieder eindringlich gerade auch Ihre Regierung und die Regierung Ihrer politischen Freunde darauf hingewiesen haben, wie sehr sich die SED aufgemacht hat, Geschichte als ein tragendes

Fundament ihres Regimes zu mißbrauchen, wie man in vielen Maßnahmen des DDR-Staates den Versuch sehen kann, die emotionale Bindung, die vaterländischen Gefühle der Bürger auf eine Linie von Friedrich dem Großen bis zu Honecker zu bringen.

Das ist eben jener Versuch, die Identität der deutschen Nation auf die Identität der DDR zu beziehen. Was haben Sie, Herr Bundeskanzler, dem in diesen zehn Jahren entgegengesetzt?

Wo war denn der Beitrag der Sozialdemokratischen Partei, als es um diese geschichtliche Auseinandersetzung ging? Es war doch Ihre Partei, die in vielen deutschen Schulen Geschichte durch Sozialkunde ablösen wollte, ablösen ließ.

Die Verwerfung der Begriffe „Wiedervereinigung“ und „Deutsche Frage“ durch den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, und durch den Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herbert Wehner, ist, wie auch immer ihre Motive sein mögen, der Verzicht auf die deutsche Einheit und auf das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung. Keiner von uns darf sich doch in hämischer Weise über Begriffe hinwegsetzen, die in den zentralen Dokumenten und Verträgen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verankert sind.

Wenn wir nicht mehr über Wiedervereinigung sprechen, wenn wir das aus unserem Sprachgebrauch streichen, dann verschweigen wir doch Entscheidendes, nämlich die Tatsache, daß die Teilung Deutschlands durch die unmenschlichste Grenze der Erde ein ständiger Akt der Unmenschlichkeit ist.

Die Einigung Europas bleibt seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers für uns in der Union geradezu die Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands in Freiheit. Das Staatsbewußtsein unserer Bürger, ein gesamtdeutsches Bewußtsein der Einheit der deutschen Nation und europäisches Bewußtsein sind drei Formen eines Gemeinschaftsbewußtseins.

Wir müssen uns vor allen an unsere internationale Umwelt wenden. Sie muß den ungebrochenen Willen der Deutschen zur Einheit in Freiheit erfahren und gleichzeitig unser aller Bereitschaft zur Verständigung und Zusammenarbeit.

Sehen Sie, Herr Wehner, das ist ja der Punkt. Wie wollen Sie denn den Menschen in Frankreich, in den Niederlanden oder in Großbritannien klarmachen, daß die Deutschen in Sachen Einheit der Nation ihren Weg gehen, auch wenn es Generationen dauert, wenn gleichzeitig einer der führenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, erklärt, er werde dieses Wort aus seinem Sprachschatz streichen. Das ist doch genau die Frage, die Sie hier zu beantworten haben! Wir müssen das Zusammengehörigkeitsgefühl der unteilbaren deutschen Nation pflegen und stärken. Dazu gehört, Herr Bundeskanzler, die intensivere Behandlung der Deutschlandpolitik im Schulunterricht.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, auch nach Ihrer heutigen Regierungserklärung: Was sollen sich eigentlich Lehrer, Schüler und Eltern denken, wenn sie hören müssen, daß zwei der wichtigsten Repräsentanten Ihrer Partei im gleichen

Atemzug erklären, daß Wiedervereinigung und deutsche Frage überholte Begriffe seien?

Die Wertgebundenheit und die Wertbezogenheit der Deutschlandpolitik muß wieder deutlicher werden. Sprache vermittelt Normen. Normen, die nicht mehr selbstverständlicher Bestandteil der Sprache sind, verlieren eben nicht nur Ausstrahlung, sondern sie verlieren in der Länge der Zeit alle Bindewirkung und Verlässlichkeit.

In dem Maße, in dem wir in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR auf eine offensive Strategie im Bereich der Sprache verzichten, findet eine schleichende Positionsverbesserung der DDR statt.

Das Beispiel der KSZE hat bewiesen, welches Gewicht die Politik des Westens gewinnen kann, wenn sie öffentlich und gemeinsam durchgeföhnt wird. Auf die Deutschlandpolitik übertragen heißt das doch: Im Zweifel muß der öffentliche Weg gewählt werden, nicht das Taktieren in einer Geheimdiplomatie à la Egon Bahr.

Herr Bundeskanzler, ich will ein zweites Kapitel ansprechen, das in Ihrer Rede in einer mir völlig unverständlichen Weise kaum seinen Niederschlag gefunden hat: die gegenwärtige Diskussion um die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Wie sind die Tatsachen? Der letzte Auftrag für ein neues Kernkraftwerk in der Bundesrepublik stammt von 1975. Die letzte Teilerrichtungsgenehmigung stammt von Mitte 1977. Das ist in Wahrheit ein Moratorium, das die Linken in der SPD, von einigen in der FDP unterstützt, erreichten, um einen Hebel für ihre Gesellschaftspolitik zu schaffen. Es können weder derzeit im Bau befindliche Kernkraftwerke fertiggestellt werden, noch können die für eine zukünftige ausreichende Energieversorgung unverzichtbaren weiteren Reaktorbauten in Angriff genommen werden.

Während wir in eine solche Entwicklung auf Grund der Entschlußlosigkeit der Bundesregierung und des Kanzlers hineinschliddern, fassen unsere Nachbarn ihre Beschlüsse mit Zustimmung kommunistischer Fraktionen im Parlament, mit Zustimmung der Sozialisten ohne Wenn und Aber. Denken Sie an die Entwicklung in der DDR und der CSSR oder vor allem auch diejenige in Frankreich!

Bei jenem Energieprogramm, das die Franzosen aufgelegt haben, und bei dem, was sich bei uns entwickelt, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts im industriellen Bereich zweitrangig werden, wenn jetzt nicht gehandelt wird.

Wenn man über die Lage der Nation spricht, muß man über die Grundlagen der Nation sprechen. Wir müssen dann in diese Frage alles einbeziehen, was sich auf die Grundlagen auswirken kann und was langfristige Veränderungen bewirkt. Dazu gehört natürlich die jetzige Situation der Familie in hohem Maße.

Heute sind wir in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den anderen Ländern der Welt das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer. In der Bundesre-

publik kommen jährlich nur noch halb so viele Kinder zur Welt wie im Jahre 1964. Wenn sich der Trend so fortsetzt, werden wir im ersten Viertel des kommenden Jahrhunderts rund 20 Millionen Bürger weniger haben.

Sie werden nicht leugnen können, daß angesichts der Alterspyramide und der Gesamtentwicklung dies alles tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat. Denn die im Erwerbsleben stehenden Bürger werden in Zukunft extreme Belastungen tragen müssen, um die soziale Sicherheit der dann Älteren zu gewährleisten. Bei einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang werden ein empfindlicher Nachwuchsmangel und eine Überalterung der Erwerbstätigen zusammentreffen, was die ohnehin schwierigen Probleme des wirtschaftlichen Strukturwandels beinahe unlösbar macht. Das hat alles Auswirkungen auf die internationale Position unseres Volkes und unsere wirtschaftlichen, unsere militärischen und alle unsere Verpflichtungen.

Am Vorabend der Europawahl sei auch dies Ihnen zugerufen, Herr Bundeskanzler: Wir sind das einzige Land in Westeuropa, dessen Regierung sich immer noch nicht dazu entschließen kann, die Bevölkerungspolitik als eine wichtige staatliche Aufgabe für die Zukunftssicherung zu begreifen. In allen anderen Ländern hat man längst erkannt, daß der Geburtenrückgang zu einem Problem allerersten Ranges werden muß, wenn er so stark wird, daß er auch einen merklichen Rückgang der Bevölkerung zur Folge hat.

Wer sich, wie Sie es heute wieder getan haben, mit der vagen Hoffnung beruhigt, die belastenden und die entlastenden Wirkungen eines Bevölkerungsrückgangs würden sich am Ende die Waage halten, arbeitet mit ungedeckten Wechseln. Es ist eine unverantwortliche Spekulation zu Lasten der eigenen Zukunft, die sich kein Volk rings um die Bundesrepublik leistet.

Wenn man die Gesetzgebung, die Sie in diesem Zusammenhang betreiben, einmal betrachtet, muß man doch sagen: Es war Ihre Politik, die die Familien gesellschaftspolitisch und juristisch verunsichert, disqualifiziert und unter staatliche Kontrolle stellt, die die kinderreiche Familie ins soziale Abseits abdrängt und alle Familien mit nur einem Einkommen sozial diskriminiert, die sich von einer Gesellschaftstheorie aus entwickelt, die die Familie als ein altertümliches Relikt betrachtet.

Wer von der allmählichen Ablösung der Familie durch alternative Formen der Partnerschaft ausgeht, wer so denkt, der nimmt doch eine Entwicklung in Kauf, bei der Kinder zu haben entweder ein privater Luxus wird oder aber die Bereitschaft zu einem Leben des Verzichts im sozialen Abseits verlangt.

Herr Bundeskanzler, ich bin mit Ihnen unterwegs beim Bau einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Das wäre eine schöne gemeinsame Aufgabe für alle deutschen Demokraten. Aber eine kinderfreundliche Gesellschaft werden wir nur haben, wenn es eine Entwicklung zu einer gesunden Familienpolitik gibt.

Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion

I.

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Grundlagen des Selbstverständnisses unserer Verfassungsordnung sind das Freiheits-, Friedens- und Wiedervereinigungsgebot. Damit in unlösbarem Zusammenhang steht der Vorrang der Menschenwürde und der Menschenrechte. „Von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, bekräftigt der Deutsche Bundestag die Pflicht aller Staatsorgane, diesen Maßstäben und Zielen zu entsprechen. Die volle Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands, die Überwindung der Teilung in Frieden und Freiheit und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit bleiben Aufgabe des ganzen deutschen Volkes. Über das freie Zusammenleben der Deutschen hat das deutsche Volk in freier Entscheidung zu beschließen. Der Raum des politischen Ermessens hierfür wird bestimmt durch die Bindungswirkung folgender Feststellungen:

„Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben; alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Ziels hinzuwirken — das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten.“

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den (Ost)Verträgen, die die Lösung der Deutschen Frage nicht präjudizieren. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die fortdauernde und uneingeschränkte Geltung des Deutschlandvertrages von den (Ost)Verträgen nicht berührt wird. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin werden durch diese Verträge nicht berührt.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich haben vertraglich vereinbart:

„Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit

friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt, und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Der Brief zur deutschen Einheit bezeichnet es als „das Ziel der Bundesrepublik Deutschland auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung Einheit wiedererlangt“.

2. Der Deutsche Bundestag macht sich die Vereinbarung der deutschen Kultusminister und -senatoren vom 23. November 1978 über „die Deutsche Frage im Unterricht“ zu eigen.

II.

Innerhalb des Verfassungs- und Vertragsrahmens bleibt trotz mancher bisherigen Fehlleistungen und Enttäuschungen die Bundesregierung aufgefordert, dem menschlichen und nationalen Zusammenhalt des deutschen Volkes durch konkrete, gegenseitig ausgewogene und eindeutige Vereinbarungen mit der DDR-Regierung zu dienen.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die tatsächliche Lage im innerdeutschen Verhältnis noch weit entfernt ist von „normalen gutnachbarlichen Beziehungen“, wie sie im innerdeutschen Grundvertrag als politisches Ziel festgelegt werden.

Vielmehr kennzeichnen immer noch — und oft sogar in verstärktem Maße — gewollt geschürte Feindseligkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitliche Ordnung, Behördenwillkür, Machtmißbrauch und Mißachtung des Gewaltverzichts das Verhalten der DDR-Verantwortlichen. Diese schrecken sogar vor offenem Vertragsbruch nicht zurück und stellen damit die Grundlagen minimalen Vertrauens in Frage, das auch unter Vertretern gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme für eine effektive Zusammenarbeit unerlässlich ist. Die Verwirklichung wesentlicher vereinbarter Ziele des innerdeutschen Grundvertrages und der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf diese Weise verhindert.

III.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch konkrete und wirksame Initiativen die DDR zur Einhaltung der geltenden Verträge und Vereinbarungen zu veranlassen und damit im Interesse der Menschen praktische Schritte zu einer Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen zu unternehmen. Die Bundesregierung wird insbesondere aufgefordert,

- a) den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten;
- b) mit der DDR darüber zu verhandeln, daß auch jenseits der Demarkationslinie die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedankenfreiheit, der Gewissensfreiheit, der Religionsfreiheit und der Überzeugungsfreiheit für alle unterschiedslos und tatsächlich geachtet werden;

- c) das Vorgehen der DDR-Behörden gegen Menschen, die aus persönlichen Motiven die DDR verlassen wollen, mit der gebotenen Schärfe zu verurteilen und auf die DDR einzuwirken, daß sie nicht länger unmenschlich harte Freiheitsstrafen in sogenannten Fluchthelferprozessen verhängt;
- d) auf die Verantwortlichen der DDR mit dem Ziel einzuwirken, daß diese sich ihrer Verantwortung für eine tatsächliche Entspannung in Europa stellen, und deutlich zu machen, daß Entspannung keineswegs Angelegenheit der staatlichen Beziehungen allein ist, sondern daß mehr Freizügigkeit für Menschen, Ideen, Informationen und Meinungen integrale Bestandteile der Entspannung sind.
- e) in Wahrnehmung ihrer grundgesetzlichen Pflicht alles zu tun, um die mit dem innerdeutschen Grundlagenvertrag und dem Völkerrecht nicht zu vereinbarende Praxis an der innerdeutschen Grenze — Mauer, Minen, Stacheldraht, Schießbefehl — zu ändern und diese unmenschlichen Maßnahmen abzubauen;
- f) die Schlußakte von Helsinki als eine Aufforderung zum Handeln zu begreifen und die in der Schlußakte aufgestellten Entspannungskriterien als Minimalwerte für die Erfüllung der Verpflichtungen heranzuziehen, die beide Staaten in Deutschland im innerdeutschen Grundvertrag eingegangen sind;
- g) bei vertragswidrigen und die Menschenrechte verletzenden Maßnahmen der DDR, die gegen getroffene Übereinkünfte verstoßen und angesichts der Jahr um Jahr von seiten der Bundesrepublik Deutschland erbrachten Leistungen nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Der Deutsche Bundestag erwartet von allen staatlichen Stellen, daß sie mit angemessenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln für alle deutschen Staats- und Volksangehörigen die Wahrung ihrer Rechte einfordern. Dazu gehören auch die Gewährleistung der Ausreisefreiheit und der kulturellen sowie nationalen Eigenart in anderen Herrschaftsbereichen. Den Organen der Bundesrepublik obliegt von Verfassungs wegen die Pflicht zum Schutz deutscher Staatsangehöriger gegenüber fremden Staaten.

Ein ausgewogenes und realistisches Gleichgewicht bereitzustellen zwischen der Treue zum Friedens- und Wiedervereinigungsangebot und der Pflicht zu konkret helfender menschlicher Verbundenheit gegenüber allen Deutschen, bleibt die Pflicht aller Organe unseres Staates.

Dabei muß gewährleistet bleiben, daß der hohe Rang, den alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland den Menschenrechten und der Menschenwürde zumessen, von der DDR-Führung nicht zur ständigen Erpressung einseitiger politischer Vorteile zu Lasten des Wiedervereinigungsanspruches mißbraucht wird.